

Ein Jahr Krieg in Nahost - eine verheerende Bilanz!



Am 7. Oktober, vor einem Jahr, verübte die Hamas einen Terroranschlag in Israel. Dieser Anschlag wurde weltweit von allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften mit aller Deutlichkeit zu Recht verurteilt.

Genauso besteht aber eine Einigkeit darüber, dass dieser Konflikt nicht erst mit dem Anschlag von 7. Oktober 2023 begonnen hat. Seit Jahrzehnten wird die Besatzungspolitik Israels von der Weltgemeinschaft kritisiert. Seit einem Jahr ist Israel auf einem Kriegskurs, der die gesamte Region zu einem Pulverfass gemacht hat. Die Bilanz des Massakers der israelischen Armee ist verheerend.

Bei den Angriffen der israelischen Armee kamen mehr als 42.000 Menschen, darunter etwa 17.000 Kinder, ums Leben fast 100.000 Menschen wurden verletzt.

Israel erließ einen „Evakuierungsbefehl“ für etwa 86 Prozent des Gazastreifens. Mehr als 370.000 Häuser wurden beschädigt. 79.000 Häuser wurden vollständig zerstört. Ungefähr 1,9 Millionen Menschen, 90 Prozent der Bevölkerung in Gaza, sind Binnenvertriebene. Aufgrund der Angriffe sind bisher 34 Krankenhäuser und 80 Gesundheitszentren außer Betrieb, 986 medizinische Fachkräfte kamen ums Leben und 310 medizinische Fachkräfte wurden inhaftiert. 71.338 Menschen erkrankten an Hepatitis und 1.737.524 Menschen erkrankten an verschiedenen epidemischen Krankheiten. Von den geopolitischen Spannungen und dessen Explosionskraft abgesehen, ist die humanitäre Situation in der Region tragisch. Solange die israelische Regierung weiter unterstützt wird und die zaghaften Kritiken nur bei Worten bleiben, ist nicht nur sie allein für diese Katastrophe verantwortlich, sondern alle, die diese rechte Regierung weiterhin unterstützen. Die Entmenschlichung der Opfer in Gaza wurde und wird durch die herrschende Politik und die Mainstream-Medien verstärkt, die den Sprachgebrauch und Argumente für diese Katastrophe der Netanyahu-Regierung übernehmen. Nach der Er-

klärung des internationalen Gerichtshofs von vor mehr als drei Monaten, die die Besatzung für illegal erklärte, folgte nun die UN-Resolution, die Israel zum Rückzug aufrief. Bemerkenswert ist, dass sich Deutschland in dieser Abstimmung enthalten hat, wo 124 Staaten diesen Aufruf unterstützen. Das größte Problem ist, dass solchen Aufrufen und Kritiken keine Taten folgen und die israelische Regierung noch aggressiver vorgeht.

Israel zerstört nicht nur Gaza, sondern greift auch Syrien, Jemen und Libanon an. Die Raketenangriffe von Beirut und die Bodenoffensive in den Libanon ist eine weitere Stufe der Eskalation. Gleichzeitig gefährdet sie mit dieser Vorgehensweise weiterhin das Leben der Geiseln, die sich seit einem Jahr in Gefangenschaft der Hamas befinden. Gegen diese Kriegspolitik gehen in Israel seit Monaten Hunderttausende auf die Straßen. Nachdem der Iran letzte Woche rund 200 Raketen auf Israel abgeschossen hatte und die israelische Regierung einen Gegenschlag angekündigt hat, ist die Gefahr eines Flächenbrands in der Region um so mehr zu befürchten.

Die große Demonstration am Wochenende in Berlin mit mehr als 40.000 Menschen kann nur der Anfang für ein Zusammenstehen für den Frieden sein.

Denn, die Ampelregierung und die CDU führen weiterhin die Unterstützung des Kriegskurses der israelischen Regierung fort. Stimmen von Nahostexperten werden völlig ignoriert. Auch die Repressionen gegen Menschen, die sich gegen den Kriegskurs der israelischen Regierung richtet, gehen unvermindert weiter.

Wir können und dürfen nicht zulassen, dass die Entmenschlichung an Deutungshoheit gewinnt. Wir können und dürfen nicht zulassen, dass die Region sich in ein großes Schlachtfeld verwandelt.



Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF)

Berliner Str. 77, 51063 Köln Tel: 0221 – 9255493 didf@didf.de, www.didf.de

(Vi.S.d.P. Hüseyin Avgan)